

Vorgeschlagene Adressatengruppen:

1. Parteivorsitzenden
2. Fraktionsvorsitzenden
3. Generalsekretäre der Parteien
4. Mitglieder von den Handels- und Entwicklungsausschüssen der drei Parteien.

Sehr geehrte Damen und Herren,

kurz vor den Koalitionsverhandlungen wollen wir....(Gruppe spezifizieren) Sie hiermit auffordern, in Ihren Beratungen die Interessen der Menschen in anderen Teilen der Welt zu berücksichtigen. Ganz besonders wollen wir Ihre Aufmerksamkeit auf die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) lenken, welche die EU mit den Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifischen Raumes seit 2002 verhandelt. Was Afrika angeht, stecken diese Verhandlungen seit Jahren in einer tiefen Krise. Nach mehr als 15 Jahren haben diese Verhandlungen zu einem Flickenteppich unterschiedlicher Verhandlungen geführt. Die von der EU behauptete Förderung der regionalen Integration Afrikas hat sich in ihr Gegenteil verkehrt. Daraus ergibt sich aus unserer Perspektive die Notwendigkeit, die Implementierung der bereits ratifizierten Interimsabkommen mit Kamerun, Ghana, der Elfenbeinküste und des Regionalgüterabkommens mit der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika zu stoppen, auf die Unterzeichnung weiterer Abkommen zu verzichten und alle neuen Verhandlungen über die EPAs auszusetzen. Wir fordern Sie auf, sich dafür einzusetzen, dass allen Mitteleinkommensländern Afrikas der gleiche zoll- und quotenfreie Marktzugang ermöglicht wird, der für die Niedrigeinkommensländer gilt, ohne dafür im Gegenzug ihre Zölle auf Produkte aus der EU abbauen zu müssen. Möglichkeiten, dies zu gestalten sind vorhanden. Die Bundesregierung soll ihre Handlungsspielräume nutzen, damit diese WTO-konformen Instrumente in Anspruch genommen werden. Sollte es künftig in einem neu zu definierenden Rahmen zu neuen handelspolitischen Vereinbarungen zwischen der EU und Afrika kommen, so sind im Vorfeld aussagekräftige Wirkungsanalysen durchzuführen. Diese müssen zum einen wirtschaftliche Folgen, Schutzmechanismen für kleine ProduzentInnen in Afrika und die Gewährung politischer Handlungsspielräume für deren Regierungen einbeziehen und zum anderen die Auswirkungen auf Menschenrechte, Beschäftigung, Umwelt, Ernährungssicherheit, Gesundheit und Lebensunterhalt prüfen. Auch verbindliche Menschenrechts- und Nachhaltigkeitsklauseln dürfen nicht fehlen. Zivilgesellschaftliche Akteure aus unterschiedlichen Berufsgruppen sollten die Durchführung

der Wirkungsanalysen begleiten und die Verhandlungen und Umsetzung der Abkommen beobachten können.

Beim C20-Gipfel im Juli`17 in Hamburg hatte Kanzlerin Angela Merkel erkannt, dass die Handelsabkommen mit afrikanischen Ländern unfair sind. Sie hatte in Aussicht gestellt, den EU-Afrika-Gipfel in der Elfenbeinküste im November '17 zu nutzen, um Neuverhandlungen zu verabreden. Diese Gelegenheit wurde aus uns unbekanntem Gründen leider nicht wahrgenommen.

Nun bietet sich mit den Koalitionsverhandlungen eine Gelegenheit, einen neuen Vorstoß zu wagen, für den sich die nächste Bundesregierung auf europäischer Ebene einsetzen kann. Setzen Sie sich dafür ein, die Handelsbeziehungen zwischen der EU und Afrika neu zu gestalten. Nur eine kohärente Handelspolitik kann dazu beitragen, Fluchtursachen zu minimieren.

Mit freundlichen Grüßen

Name der Gruppe.....